CDU
FRAKTION
IM RAT DER
STADT KAMEN

Rede zum Haushalt 2018
CDU-Fraktion im Rat der Stadt Kamen
Ralf Eisenhardt

Es gilt das gesprochene Wort

Anrede

Die Rahmendaten des Planentwurfes für den Haushalt 2018. Knapp fünf Mio€ Defizit prophezeit der Kämmerer. Keine weitere Kassenkredite geplant, gut so. Doch die Grundsteuern müssen erhöht werden, sagt Herr Tost.

Der Bürgermeister nennt den Entwurf „Haushalt in der Kontinuität“. Meint damit der Haushaltsplanentwurf enthält wenig Überraschungen. Er verfolgt konsequent das strategische Ziel des Haushaltsausgleichs in 2022. Die Grundsteuererhöhung sei eigentlich keine Überraschung, weil vor fünf Jahren angekündigt.

Der Haushalt ist eng gestrickt. In der Verwaltungstätigkeit wird auf Ausgabendisziplin geachtet. Und Investitionen hängen fast immer an Fördertöpfen des Bundes oder Landes. Neuestes Beispiel ist der Willy-Brandt-Platz, behandeln wir später noch.

Um 2018 überhaupt haushälterisch hinzubekommen lautet das vorgeschlagene Rezept, wir erweitern die Einnahmen. Wir brauchen rund 1,6 Mio€ mehr. Diesmal sind die Bürgerinnen und Bürger dran. Steuererhöhungen. Unvermeidlich und vorhersehbar, wird betont. Soweit, stark verkürzt, was die Verwaltung zu diesem Haushaltsentwurf sagt.

Aber sagt das dieser Haushaltsplan tatsächlich aus? Die CDU-Fraktion hat sehr genau hingeschaut. Und wir entdeckten, in der beschriebenen Kontinuität, vor allem in der Finanzplanung Volatilität. Bewegungsmöglichkeiten. Spielräume. Puffer. Nennen Sie es, wie sie wollen. In dem vom Kämmerer aufgezeigten engem Korsett ist Luft zum Atmen. Und jetzt kommt es: Sogar ohne Steuererhöhungen.

Planung ist ja die gedankliche Vorwegnahme dessen, was wir glauben, es würde passieren. Hier in Kamen war schon vor fünf Jahren alles vorhersehbar, als das zehnjährige HSK beschlossen wurde. Inklusive angekündigter Steuererhöhungen. Deshalb „Haushalt in der Kontinuität“.
Schauen wir also auf die Zahlen, die unvorhersehbar in diese Finanzplanung gekommen sind. Sogar noch im letzten Jahr, unvorhersehbar für 2018.

Auf der Einnahmenseite sind da rund 2,7 Mio€ Einnahmeverbesserungen. Das betrifft vor allem die Schlüsselzuweisungen und Anteile an der Einkommenssteuer und Kompensationsleistungen. Auf der Ausgabenseite sind es Minderausgaben. Ebenfalls unvorhersehbar. Die Absenkung der Kreisumlage, um realistisch rund eine halbe Million Euro.

Dem stehen auch ungeplante Mehrausgaben gegenüber. Betont wird die Anhebung der Krankenhaus-Umlage, kostet Kamen ca. 300.000 € mehr. Dazu Kosten des kommunalen Anteils, welche das neue Unterhaltsvorschussgesetz erzeugt 200.000 €. Und die Personalaufwendungen steigen ungeplant ebenfalls für rechnerisch rund vier Stellen, da sind ungeplant noch einmal –

großzügig – 250.000 € mehr Ausgaben. Wenn wir jetzt noch die Rund eine Million Euro dazurechnen, die wir für mehr aufwenden, weil die Erstattungen des Landes aus dem AsylbLG wegfallen, aufgrund der entschiedenen Asylverfahren, bleiben in Summe Mehrausgaben von rund 1,75 Mio€. Unvorhersehbare Mehrausgaben.

Alle anderen Ausgaben waren absehbar. Das Ergebnis sind etwa 1,5 Mio€ PLUS nach der Finanzplanung. Unvorhersehbar. Etwa die Höhe der gewünschten Einnahmeverbesserung aus der Grundsteuererhöhung.

Es gibt noch weitere Zahlen, die wir uns näher ansehen sollten.Die Entwicklung der prognostizierten und tatsächlichen Jahresergebnisse der vergangenen Jahre.

Dazu passt etwas Privates. Aus meiner Familie. Wir sind ja unter uns. Bei Eisenhardt's gibt es einen zusätzlichen Feiertag im Jahr. Es ist der „GSW-Tag", GSW steht für „Gemeinschaftsstadtwerke". Da sind wir Kunden. GSW steht auch für Gas/Strom/Wasser. Meine Frau und ich sind immer ganz nervös, dass die Abrechnung von der GSW endlich reinflattert. Wir bekommen nämlich immer Geld zurück. Meine Frau ist ganz verzückt und ich freue mich mit, weil die Rechnung mal wieder aufgegangen ist. Naja, es ist nicht so, dass wir immer Gas/Strom/Wasser einsparen. Leider nicht. Wir zahlen aber immer etwas höhere Abschläge, als die, die uns die GSW für unsere Verbräuche vorschlägt. Das merken wir im Jahr eigentlich gar nicht. Und für die Erstattung können wir uns was gönnen. So feiern wir unseren GSW-Tag.

So ungefähr macht es der Kämmerer auch. Und zwar mit der Prognose des Jahresergebnisses. Er schätzt es schlechter, als es die Erfahrungswerte eigentlich hergeben. 2016 – 2 Mio, 2015 – 5 Mio, 2014 – 1 Mio, 2013 – 1,5 Mio und so weiter, jedes Jahr. Dann ist die Freude groß am Abrechnungstag. Alle loben die Verwaltung und es muss weniger Eigenkapital eingesetzt werden, um den Verlust auszugleichen. Das Lob beim „Beschluss über das Jahresergebnis" kommt von uns, steht in der Zeitung und wirft ein gutes Bild auf die Verwaltung.

Es gibt daher, so das Ergebnis der Zahlenanalyse der CDU-Fraktion, unterm Strich noch mehr finanzielle Spielräume und Puffer im Haushalt. Einnahmeverbesserungen, Ausgabenreduzierungen und die Betrachtung der bisher durchgehend besseren Jahresergebnisse als die Defizitprognosen, lassen diesen Schluss zu. Sie, sehr geehrter Kollege Heidler, sind ja in der Presse nach ihrer Klausur zitiert, sie wollen auf Nummer sicher gehen und die Puffer im Haushalt erhalten. Also haben sie diese finanziellen Puffer auch analysiert.

Wir reden gern von konservativer Planung der Stadtfinanzen. Ist auch im Grundsatz ok und nachvollziehbar. Die CDU findet es nur nicht richtig, wenn dieser Spielraum jetzt mit Steuererhöhungen erhalten werden soll.

Für meine höheren Abschlagszahlungen bei der GSW habe ich meinen Söhnen jedenfalls nicht das Taschengeld gekürzt. Die hätten sich beschwert, wie es die Bürger jetzt auch, zurecht, tun.

Die SPD warnt die CDU vor blanken Populismus in der Grundsteuerfrage. Ich sage: Das was wir tun ist kritisch hinterfragen. Und das was Sie tun ist reiner Zynismus. Denn Sie nehmen in Kauf, das jetzt unsere Bürgerinnen und Bürger für den Luxus eines finanziellen Puffers mehr Steuern bezahlen sollen.

„Die Kunst der Besteuerung besteht ganz einfach darin, die Gans so zu rupfen, dass man möglichst viel Federn bei möglichst wenig Geschrei erhält." Jean Baptiste Colbert, französischer Staatsmann. Und das soll dieses Jahr passieren. Die Grundsteuern sollen angehoben werden. Das beträfe im Musterhaushalt, zwei Erwachsene, zwei Kinder, jede Person mit gerade einmal 6,24€ im Monat. Abgezogen schon die Minderaufwendungen in den Geldbörsen der Bürgerinnen und Bürger für

Gebühren, die zweckgebunden sind und in diesem Jahr leicht sinken. Gerade beschlossen. Selbst eine Musterfamilie zahlt aber nicht pro Person, sondern pro Familie. Bei mir in Werve ist es noch anders. Ich wohne in der Wasserstraße. Von den nächsten 20 Häusern um mich herum gibt es keines mit Musterhaushalt. Viele Häuser, so um die 80 – 120 Quadratmeter werden von Ehepaaren oder Alleinstehenden Männern und Frauen bewohnt.
Dann sieht die Belastung für die Grundsteuer auch anders aus. Meine Nachbarn zahlen gleich das Doppelte bis Vierfache mehr pro Person als der einzelne im Musterhaushalt. Mit kleinem Einkommen keine kleine Summe. Schauen Sie mal genau hin, Kolleginnen und Kollegen der SPD. In die sozialen Statistiken, in Kamen. Sie wollen doch Anwalt der „kleinen Leute“ sein. Wohlbemerkt für einen Haushaltspuffer, wie selbst sie richtig herausgefunden haben.
Dazu sagen wir Nein. Die CDU sagt Nein. Nein zu dieser Steuererhöhung.

Die geschätzten Jahresergebnisse werden durch das Eigenkapital bis 2022 noch aufgefangen. Das Eigenkapital, schrumpft dann auf rund 25 Mio€, was für Kamen nicht viel, aber noch ausreichend wäre.

In den Produktplanungen machen wir keine Verbesserungsvorschläge. Investiv stellen wir uns aber die Frage, ob wir uns das, was wir so bauen, tatsächlich leisten können. Nicht in der Anschaffung, da gibt es beste Förderungen. Die Unterhaltung macht uns Sorgen. Wenn der Sesekepark gepflegt werden soll, muss an anderer Stelle Pflege eingespart werden, mehr Personal ist nicht vorhanden. Das gibt mir zu denken. Wenn wir etwas bauen, muss es auch gepflegt und der Wert erhalten werden. Das geben die Fördertöpfe nicht her. Also sind wir für bedachte Investitionen. Selbst so spannende Instrumente wie z.B. der Heerener Verfügungsfond müssen auf ihre Nachhaltigkeit durchdacht werden.

Zum Schluss. Ein Angebot. Ich stopfe mal eine Friedenspfeife. Sollte sich unterjährig tatsächlich der Haushalt ohne die Erhöhung der Grundsteuer, nicht halten können sind wir von der CDU zu Gesprächen zu einem Nachtragshaushalt bereit. Dann nehmen wir einen höheren Verlust in Kauf. Dann reden wir für 2019 über Steuererhöhungen. Aber ohne Puffer und Spielräume im Haushalt. Steuererhöhungen sind mit der CDU „Ultima Ratio“, das letzte Mittel.

Der Haushalt ist auf diese Steuererhöhung aufgebaut, deshalb stimmen wir ihm nicht zu. Selbstverständlich der Grundsteuererhöhung auch nicht. Wir appellieren an Sie, Kolleginnen und Kollegen von der SPD. Setzen die Grundsteuererhöhung aus, dann tragen wir den Haushalt mit. Und kommt es dicke, wie man hier im Ruhrgebiet gern sagt, dann sprechen wir über einen Nachtragshaushalt, sachlich und fair.